

Michael Epkenhans/Ulrich von Hehl (Hrsg.), Otto von Bismarck und die Wirtschaft (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, Bd. 17), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München etc. 2013, XIV + 246 S., geb., 29,90 €.

Bismarcks Verhältnis zur Wirtschaft sei angesichts der zahlreichen Arbeiten über seine Innen- und Außenpolitik unterbelichtet, heißt es in der Einführung des Bandes (S. IX). Bezüglich der Menge stimmt das. Jedoch betrachteten seit Heinrich von Poschingers fünf Bänden über Bismarck als Volkswirt (1889–1891) nicht wenige grundlegende Monografien auch die wirtschaftspolitische Seite von Bismarcks Handeln, unter anderem Helmut Böhme (1966), Hans Rosenberg (1967), Hans-Ulrich Wehler (1969/1995), Fritz Stern (1978), Otto Pflanze (1998), Andreas Thier (1999), zudem die vielbändige Quellensammlung zur Sozialpolitik unter Leitung Florian Tennstedts (1993ff.). In bisher vorliegenden Werken findet sich auch ein Gutteil der Fragestellungen des vorzustellenden Bandes. Er dokumentiert die Vorträge einer 2010 am Bochumer Institut für soziale Bewegungen stattgehabten Tagung und ist dem Andenken an dessen 2011 verstorbenen Leiter, Klaus Tenfelde, der als Beiratsmitglied der Bismarck-Stiftung die Tagung mit initiiert hatte, gewidmet. Die meisten der versammelten Autoren bieten relevante Ausschnitte aus ihren einschlägigen Arbeiten. Ohne Schaden, denn insgesamt entsteht so ein nützliches Kompendium zum Thema, das speziell jüngeren Generationen schnelle Orientierung erlaubt.

Die drei ersten Beiträge behandeln quasi den großen Rahmen, nämlich die deutsche Wirtschaft im Weltmarkt (Cornelius Torp), liberale ökonomische Ordnungsvorstellungen (Toni Pierenkemper) sowie den „Verein für Socialpolitik“ (Ewald Frie). Die vier folgenden Aufsätze widmen sich bedeutenden Einzelthemen, hier Kolonialpolitik (Winfried Speitkamp), Zollfragen (Andreas Rose), Währungsproblematik (Guido Thiemeyer) und der staatlichen Infrastrukturpolitik in Ostelbien (Uwe Müller). Die anschließenden drei Stücke betrachten Bismarcks Verhältnis zu Wirtschaftsführern, nämlich zu Louis Baare (Marco Rudzinski), zu Unternehmerverbänden (Werner Bühner) und zu Ruhrindustriellen (Ralf Stremmel). Ein Beitrag über Bismarck und die Banken gelangte nicht zum Druck. Der am Ende abgedruckte Abschlussvortrag von Michael Epkenhans steht unter der rhetorischen Leitfrage, ob Bismarck wirtschaftspolitisch Pragmatiker oder Programmatiker gewesen sei. Wie häufig bei Konferenzbänden, differieren Länge und Qualität der Beiträge etwas. Man hätte sich auch Essays über Bismarck als Gutsherr beziehungsweise Investor im Sinne Fritz Sterns oder seine Sicht auf den unentbehrlichen Wirtschaftsfaktor „Arbeitnehmer“ vorstellen können. Im Schlussteil hätten die wichtigsten Ergebnisse systematischer formuliert werden dürfen. Deshalb versucht der Rezensent, die sechs zentralen Punkte zu fixieren, in denen die Beiträge grundsätzlich übereinstimmen dürften.

Erstens war Bismarck wirtschaftstheoretisch flexibel, nämlich zunächst Freihändler, dann Schutzzöllner, und ohne durchgängige Prinzipien, da er dem Primat der Politik folgte. Die Ökonomie besaß für ihn „nur die Funktion eines opportunistisch genutzten Instruments nach den Vorgaben politischer Interessen“ (S. 95), Währungsbeziehungen waren „nur aus politischer Perspektive interessant“ (S. 116) und er stand generell „für den Primat des Staates, das Selbstbewußtsein und die Macht der alten Führungseliten“ (S. 224). Dies bedeutet zweitens, dass die Wirtschaftsführer im Bismarck-Reich nicht den Kurs bestimmten und nicht herrschten, sondern nur das Handeln der Ministerialbürokratie und des Kanzlers beeinflussen konnten (S. 182, 185 und 227). Zwischen 1862 und 1885 mutierte das Gros der wirtschaftsbürgerlichen Kritiker des Konfliktministers zu Geldspendern für den Heros Reichsgründer. Beiderseitig wurden Instrumentalisierungen versucht, zumal mittels der großen Verbände in Bismarcks Jahrzehnt als preußischer Handelsminister. Drittens waren Staatsintervention (Eisenbahnverstaatlichung, Volkswirtschaftsrat, Arbeitsschutz ohne größere Arbeiterrechte) und Anfänge der Sozialversicherung die im europäischen Vergleich markanten Kennzeichen der Bismarck-Zeit. Von einer ausgeprägten Infrastrukturpolitik Berlins zugunsten des unterentwickelten Ostelbien kann aber (mindestens

bis 1890) nicht gesprochen werden. Viertens lag die Wende zum Schutzzoll ab 1876 wirtschaftlich im zeitgenössischen Trend und beschädigte wegen der mit wichtigen Ländern weiter gültigen Meistbegünstigungsklauseln den Export aus dem Deutschen Reich nicht signifikant; freilich verteuerte der Schutzzoll den Massenkonsum im Inland. Jedoch war diese Wende von zwei politischen Zielen unterlegt: Durch dauerhaft höhere Einnahmen für das Reich sollte das Budgetrecht des Reichstags ausgehebelt und der linke Liberalismus isoliert werden, damit mittels einer gouvernementalen Mehrheit alle eventuellen Systemkorrekturen in Richtung Parlamentarisierung abzublocken waren. Fünftens lässt sich die Kolonialpolitik ab 1884 weder als das Ergebnis von Sozialimperialismus noch eines ökonomischen Lobbyismus erklären, denn auch hier herrschten originäre innen- und außenpolitische Motive (gegen England, Kronprinz Friedrich Wilhelm und den Freisinn) vor. Sechstens zeitigte Bismarcks Wirtschafts-, Steuer- und Zollpolitik unter dem Primat der „Großen Politik“ große, nicht intendierte Rückschläge: Das favorisierte Bündnis von Rittergut und Hochofen blieb labil; die Arbeiterbewegung ließ sich nicht mittels sozialpolitischer Anfänge in die autoritäre Monarchie integrieren; das als politischer Keulenschlag eingesetzte Lombard-Verbot für russische Anleihen 1887 förderte Russlands außenpolitische Hinwendung zu Frankreich; trotz Zolleinnahmen avancierte der Reichstag zu einem zentralen Forum der Debatte über ökonomische und gesellschaftspolitische Streitfragen. Trotz und wegen seines Vorgehens kam es dazu, dass sich die bei Bismarck noch relativ getrennten Sphären von Ökonomie und Politik nach seinem Abgang in vielen Fragen umso stärker verschränkten. Im Rückblick wird klar, dass die von Bismarck beim Besuch des Hamburger Hafens 1895 selbst wahrgenommene „ganz neue Welt“ (S. 246) der Dominanz der Wirtschaft über die Politik erst nach ihm Gestalt annahm. Doch dieses heute aktuelle Thema ist ein weites, anderes Feld.

Zwei Vornamen seien korrigiert: Beiträger Müller heißt Uwe, nicht Guido (S. XII) und Christoph von Tiedemann, nicht Heinrich (S. 185) war 1878 bis 1881 Chef der Reichskanzlei. Erheiternd wirkt das redaktionelle Versehen auf S. 234: Dort liest man vom „Spiritus unter der preußischen Handelspolitik im Reichsgründungsjahrzehnt“ Rudolf von Delbrück. Darauf einen Doppelkorn – natürlich aus der Fürstlich Bismarck'schen Brennerei Friedrichsruh.

Hartwin Spenkuch, Berlin

Zitierempfehlung:

Hartwin Spenkuch: Michael Epkenhans/Ulrich von Hehl (Hrsg.), Otto von Bismarck und die Wirtschaft (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, Bd. 17), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München etc. 2013, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81513>> [17.12.2013].